

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 04.09.2018

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungsunterbrechung: 19.10 – 19.15 Uhr
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher
Frau Gorsler Stellv. Vorsitzende
Herr Kaufmann
Herr Pieplau
Frau Weißenfeld

CDU

Herr Copertino
Herr Hüsemann
Frau Jansen
Herr Jung
Frau Schellong

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller
Herr Hood Vorsitzender
Frau Mann

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann (ab 17.05 Uhr)

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic Integrationsrat
Frau Huber Seniorenrat
Herr Schneck Beirat für Behindertenfragen
Herr Teutrine FDP-Gruppe

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
 Beigeordnete Frau Ritschel
 Frau Krutwage

Frau Schulz
 Herr Dr. Schmid

Frau Dammann
 Herr Bilke

Herr Arend
 Herr Cremer

Herr Niekamp

Frau Schallock
 Frau Frommer
 Frau Buddemeier
 Frau Kleiner
 Herr Leesemann

Gäste

Frau Hopster
 Herr Wiese

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5

Dezernat 3 (TOP 9 - 11.2)

Büro für Integrierte Sozialplanung und
 Prävention

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmit-
 telüberwachungsamt

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmit-
 telüberwachungsamt

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmit-
 telüberwachungsamt

Büro für Integrierte Sozialplanung und
 Prävention

Presseamt/Statistikstelle

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
 Gleichstellungsstelle

Stab Dezernat 3

Stab Dezernat 5

AGW

Drogenberatung Bielefeld e. V.

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 34. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.05.2018****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 34. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 15.05.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 35. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 19.06.2018****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 19.06.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3**Mitteilungen****Zu Punkt 3.1****Woche für pflegende Angehörige in Bielefeld vom 22. -29.09.2018**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf den mit der Einladung versandten Flyer. Frau Krutwage bittet die Ausschussmitglieder um Unterstützung bei der Bewirtung der pflegenden Angehörigen im Rahmen des Gala-Dinners. Wer seine Bereitschaft dazu erklären möchte, schicke bitte eine Mail an sie oder Frau Krumme.

Zu Punkt 3.2 Hebammenzentrale -Sachstand-

Herr Dr. Schmid informiert über die Ergebnisse zwischenzeitlich geführter Gespräche mit der Hebammenzentrale (**Anlage 1**).

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Förderbescheid Baumheide

Herr Dr. Schmid berichtet über ein Projekt zur nachhaltigen Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit in Baumheide (**Anlage 2**).

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Veranstaltungshinweis für das Projekt "Wegweiser - gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus"

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die von der Geschäftsführung versandte Mail an die Mitglieder, in der über die Veranstaltungshinweise für das Projekt „Wegweiser – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“ (**Anlage 3**) informiert worden sei.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Woche der seelischen Gesundheit vom 08.10. - 18.10.2018

Vorsitzender Herr Hood verweist auf den ausliegenden Flyer, dem das umfangreiche Programm zu entnehmen sei.

-.-.-

Zu Punkt 3.6 Klimaschutz & Gesundheit –Umwelt- und Lebensqualität in Kommunen sichern und fördern

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf den ausliegenden Bericht des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu). Sie merkt an, dass auch ein Textbeitrag über Bielefeld zum Thema „Klimaschutz und Gesundheit als zukunftssträchtige Allianz – ein Praxisbericht aus Bielefeld“ im Bericht enthalten sei.

Druckexemplare können unter dem folgenden Link

<https://difu.de/publikationen/2018/klimaschutz-gesundheit.html>

beim difu angefordert werden.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Beschäftigungsquote von geflüchteten Menschen (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 12.06.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6891/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Antwort der Verwaltung (**Anlage 4**), die bereits per Mail am 11.07.2018 an die Mitglieder versandt worden sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Erhalt der Arbeit der Frauenberatungsstelle Bielefeld (Antrag der CDU-Fraktion vom 23.08.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7119/2014-2020

Herr Copertino begründet den Antrag. Mit Blick auf den unter TOP 11.4.3.2 vorliegenden Haushaltsantrag der Frauenberatungsstelle Bielefeld e. V. modifiziert er den Antrag der CDU-Fraktion dahingehend, dass eine Erhöhung bereits für 2019 wirken solle.

Frau Weißenfeld stimmt dem Antrag inhaltlich zu, schlägt allerdings vor, den vorliegenden Antrag bis zur Diskussion über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (Vertragsperiode 2020 – 2022), zurückzustellen.

Herr Copertino macht deutlich, dass es ihm wichtig sei, eine Aufstockung der Finanzmittel bereits für 2019 zu beschließen. Auf Nachfrage von Vorsitzendem Herrn Hood erklärt er, dass die CDU-Fraktion dem Haushaltsantrag der Frauenberatungsstelle Bielefeld e. V. (s. TOP 11.4.2.3) beitrete.

Weiterhin erklärt sich Herr Copertino damit einverstanden, dass der Antrag, Drucks.-Nr. 7119/2014.-2020, bis zur Beratung und Beschlussfassung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen für den Leistungszeitraum 2020 - 2022 zurückgestellt wird.

Zu Punkt 6**Beitritt zum "Kommunennetzwerk: engagiert in NRW" der Landesregierung NRW**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7091/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage.

Auf Nachfrage von Frau Mann führt Frau Krutwage aus, dass mit dem Kommunennetzwerk eine gute Plattform geschaffen worden sei, um die erfolgreichen Ideen aus dem bürgerschaftlichen Engagement weiterzutragen und hierfür Fördergelder vom Land einzuwerben.

Beschluss:

Die Stadt Bielefeld tritt dem „Kommunennetzwerk: engagiert in NRW“ bei.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7**Vorstellung der Ergebnisse des Bürgersurvey "Generation 55plus - Aktives Altern"**

Frau Schallock informiert über den Ablauf des zugrunde liegenden Forschungsprojektes und die Ergebnisse der Befragung (**Anlage 5**).

Frau Jansen bewertet die Ergebnisse als gute Ansätze für die Betrachtung der Handlungsbedarfe in den Stadtbezirken. An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Weißenfeld, Herr Holler-Göller, Beigeordneter Herr Nürnberger, Herr Brücher, Frau Huber und Herr Copertino. Zu Fragen führt Frau Schallock u. a. aus, dass während der Befragung aufgefallen sei, dass die Rückläufe von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund nur sehr gering waren. Ein Nachbessern war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Zukünftige Befragungen würden einfacher gestaltet werden. Eine differenzierte Auswertung der beantworteten Fragen auf Stadtbezirksebene sei möglich.

Frau Huber teilt mit, dass der vorgesehene Dialog zur Weiterentwicklung des Altenberichtes 2017, in Verbindung mit den vorgestellten Ergebnissen, nur sehr schleppend voran ginge. Eine Terminvereinbarung mit den Bezirksvertretungen gestaltet sich als sehr schwierig. Zwischenzeitlich hätten in sechs von zehn Stadtteilen Gespräche stattgefunden. Nach wie vor fehle die Kommunikation mit den Bezirksvertretungen Brackwede, Jöllenbeck, Mitte und Senne. Im Namen des erkrankten Seniorenratsvorsitzenden, Herrn Dr. Aubke, bittet Frau Huber die SGA-Mitglieder darum, die Bezirksvertretungen für die Auseinandersetzung mit dem Altenbericht und des vorgestellten Befragungsergebnisses zu sensibilisieren. An Beigeordneten Herrn Nürnberger gerichtet, bittet sie um einen nochmaligen Hinweis an die Bezirksbürgermeister über die Wichtigkeit des Dialogs in

dieser Sache.

Die Ergebnisse der Dialoge sollen dann in 2019 bei den Verhandlungen für die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit einfließen. Nur so sei eine Bewertung der bestehenden Angebote möglich. Nur allein das Zusammentragen von Daten reiche nicht aus; es müssten auch die Auswirkungen betrachtet werden.

Beigeordneter Herr Nürnberger bittet den Seniorenrat um Verständnis für die Bezirksvertretungen, die auch mit anderen Themen hoch belastet seien. Er macht am Beispiel des Quartiers Kammerich in Brackwede deutlich, dass die Verwaltung bereits im Dialog mit den Seniorinnen und Senioren des dortigen Stadtbezirkes versuche, die Bedarfe zu ermitteln. Eine pauschale Übertragung der dort erzielten Erkenntnisse auf alle übrigen Stadtbezirke sei nicht zielführend. Vielmehr sei quartiersorientiert eine individuelle Prüfung notwendig.

Zusammenfassend schlägt Vorsitzender Herr Hood vor, dass die SGA-Mitglieder im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit das Thema aufnehmen und die Bezirksvertretungen sensibilisieren. Die Ausschussmitglieder haben keine Einwände gegen den Vorschlag.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8

Integration von Flüchtlingen in Bielefeld

Beigeordneter Herr Nürnberger kündigt für die nächste SGA-Sitzung eine Information zur Weiterführung des Arbeitsprozesses „Bielefeld integriert“ an. Diese sei in Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat und den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege entstanden.

Rückblickend auf den Antrag des Integrationsrates vom 28.02.2018 zu Integrations- und Sprachkursen und den zwischenzeitlich dazu stattgefundenen Berichterstattungen informiert Beigeordneter Herr Nürnberger über die Aktivitäten der REGE mbH in diesem Themenfeld (**Anlage 6**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9

Bericht zur Umsetzung der Konzepte "Drogenkonsumraum im Drogenhilfezentrum" und "Umnutzung der ehemaligen Flüchtlingsunterkunft an der Ernst-Rein-Straße"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7111/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über die positiven Entwicklungen der im Februar 2018 beschlossenen Maßnahmen.

Darüber hinaus begrüßt er Frau Frommer als neue Leiterin der Abteilung „Soziale Wohnungshilfen“.

Herr Niekamp macht deutlich, dass im Bereich des Drogenhilfezentrums die Erweiterung der Öffnungszeiten gut angenommen worden sei. Der Umbau des Drogenkonsumraums verzögere sich allerdings. Ergänzend weist Herr Wiese darauf hin, dass die erforderliche Baugenehmigung noch fehle.

Herr Arend berichtet ebenfalls von einer sehr guten Entwicklung bei der Nutzung der neu geschaffenen Unterkünfte für wohnungslose Menschen in Bielefeld.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die Berichterstattung. Fragen von Frau Mann, Herrn Holler-Göller, Herrn Gugat, Frau Bußmann, Frau Weißenfeld und Frau Gorsler werden beantwortet. Vorsitzender Herr Hood hebt nochmals hervor, dass die Flexibilität bei der Bedarfsanpassung in der Unterkunft Ernst-Rein-Straße erhalten bleiben müsse.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 10

Gesundheitsbericht Kinder - Entwicklungsstand der Einschul- kinder 2015 - 2017 nach statistischen Bezirken (Fortschrei- bung)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6748/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die zwischenzeitlich eingetroffene Beigeordnete Frau Ritschel, deren Teilnahme an der Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz zeitgleich ebenfalls erforderlich sei. Sie erinnert daran, dass aus Zeitgründen vereinbart worden sei, die Präsentation den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen und heute die Gelegenheit zu Nachfragen gegeben werde.

Frau Weißenfeld berichtet über die Beratung dieses Themas im Jugendhilfeausschuss. Fragen von Herrn Holler-Göller werden von Herrn Cremer beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

*Zunächst erfolgt eine Mitteilung von Beigeordneter Frau Ritschel. Die
Protokollierung erfolgt unter TOP 3.6 im vorderen Teil der Niederschrift.*

Zu Punkt 11 Haushaltsplanberatungen 2019, Beschlussfassung

Zu Punkt 11.1 Fragen der CDU-Fraktion zum Haushalt 2019 vom 07.08.2018

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die Antworten der Verwaltung zu Fragen der Fraktionen zum Haushalt 2019.

Herr Copertino bedankt sich für umfangreiche Beantwortung der Fragen, die sehr hilfreich gewesen sei. Es hätten sich allerdings Zusatzfragen ergeben. Auf Vorschlag von Vorsitzendem Herrn Hood wird vereinbart, dass Herr Copertino die Zusatzfragen nach Aufruf des betreffenden Haushaltsplans vorträgt.

Darüber hinaus erklärt Herr Copertino, dass die Bestrebungen zur Erstellung eines schlüssigen Konzeptes im Bereich der Kosten der Unterkunft (KdU) wohlwollend zur Kenntnis genommen würden. Er erklärt für die CDU-Fraktion bereits jetzt, dass dem Gesamthaushalt nicht zugestimmt werde. Gegebenenfalls würden Anträge in die Abschlussberatungen im Finanz- und Personalausschuss eingebracht.

Bezugnehmend auf die Frage 11 der CDU-Fraktion (Antwort s. Anlage 3) äußert Frau Bußmann dahingehend Bedenken, dass die Verwaltung ein falsches Verständnis von einem schlüssigen Konzept habe. Herr Copertino bewertet die Interpretation der Frage als nicht nachvollziehbar. Ihm sei bewusst, dass mit einem schlüssigen Konzept die Erhöhung der KdU-Sätze wahrscheinlich sei. Vorsitzender Herr Hood bittet darum, solle eine Vertiefung dieses Themas gewünscht sein, die Diskussion unter TOP 11.4 fortzuführen. Die Anwesenden sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

-.-.-

Zu Punkt 11.2 Haushalts- und Stellenplan 2019 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6861/2014-2020

Herr Copertino hat folgende Zusatzfragen zu Produktgruppe 11.07.05:

- Welche Aktivitäten des „Vereins zur Förderung der medizinischen Ausbildung und Versorgung OWL e. V.“ haben stattgefunden?
- Ist die Aufrechterhaltung des Vereins noch notwendig, nachdem Bielefeld den Zuschlag für eine Medizinische Fakultät erhalten hat?

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf einen Rechenschaftsbericht des Vereins, der im Januar 2018 dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss (HWBA) vorgelegt worden sei. Dies sei leider im fachlich zuständigen SGA noch nicht erfolgt. Die Informationsvorlage Drucks.-Nr. 6101/2014-2020 und der Protokollauszug aus der Sitzung des HWBA vom 31.01.2018 werden dem Protokoll als Information beigelegt

(Anlagen 7 u. 8).

Mit Beschluss des Rates vom 26.04.2018 sei die Verwaltung beauftragt worden, ein Konzept für Bielefeld zu entwickeln, das vor allem die kasernenärztliche Versorgung in allen Stadtteilen gewährleisten könne. Bei diesem Prozess unterstütze der Verein die Verwaltung in hohem Maße. Eine Fortführung des Vereins sei wünschenswert, da jetzt Ansätze entwickelt würden, die eine Weiterentwicklung der Versorgung ermöglichen könnten.

Beigeordnete Frau Ritschel bietet an, in einer der nächsten Sitzungen, den Verein und dessen Arbeit vorstellen zu lassen.

Weitere Fragen von Frau Mann und Herrn Gugat werden von Herrn Bilke beantwortet.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushalts- und Stellenplan 2019 mit den Plandaten für die Jahre 2020 bis 2022 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen:

11.02.03 Lebensmittel-, Schadstoffüberwachung

11.02.04 Veterinärwesen/Artenschutz

11.02.05 Fleischhygiene

11.07.01 Gesundheitsförderung

11.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

11.07.03 Gesundheitshilfe

11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz

11.07.05 Medizinische Ausbildung OWL

wird zugestimmt.

2. Den **Teilergebnisplänen**

der Produktgruppe 11.02.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 186.567,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.923.129,- €

der Produktgruppe 11.02.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 19.500,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 326.550,- €

der Produktgruppe 11.02.05 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 50.000,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 39.899,- €

der Produktgruppe 11.07.01 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 219.453,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.865.961,- €

der Produktgruppe 11.07.02 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 128.539,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 608.820,- €

der Produktgruppe 11.07.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 7.948,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2.016.569,- €

der Produktgruppe 11.07.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 843.774,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.534.151,- €

der Produktgruppe 11.07.05 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 26.800,- €

wird zugestimmt.

3. Dem **Teilfinanzplan A**

der Produktgruppe 11.02.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 300,- € und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.02.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 200,- € und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.01 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 1.600,- € und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.02 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 12.214,- € und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 314,- € und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 2.900,- € und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

wird zugestimmt.

4. Dem **Teilfinanzplan B**

der Produktgruppen 11.02.03, 11.02.04, 11.07.01, 11.07.02, 11.07.03 und 11.07.04 wird zugestimmt

5. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.02.05, 11.07.01, 11.07.04 und 11.07.05 wird zugestimmt.

6. Dem **Stellenplan 2019** für das Amt 530 wird zugestimmt.

Die Veränderungsliste gegenüber dem Stellenplan 2018 für das Amt 530 ist als Anlage 1 beigefügt.

- bei 5 Gegenstimmen mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11.3 Haushaltsplan und Stellenplan 2019 für den Stab des Dezernates 5 - 095

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6759/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood weist darauf hin, dass die Anlage 1 der Beschlussvorlage aufgrund einer falschen Darstellung ausgetauscht worden sei.

Fragen von Frau Bußmann werden von Beigeordnetem Herrn Nürnberger beantwortet.

Zunächst erfolgt die Beratung über den Antrag unter TOP 11.3.1. Die Protokollierung erfolgt unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt in der Niederschrift

Nach der Beschlussfassung über den Antrag erfolgt zur Drucks.-Nr. 6759/2014-2020 folgender

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2019 mit den Plandaten für die Jahre 2019 bis 2022 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05, und 11.05.06 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der nachstehenden Produktgruppen wird zugestimmt.

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.22	Verwaltungsleitung – Dez. Soziales	76 €	484.628 €	484.552 €
11.05.05	Jobcenter Arbeitsplus Bielefeld	2 €	8.773 €	8.771 €
11.05.06	REGE	2 €	2.587.203 €	2.587.201 €

Summen	80 €	3.080.604 €	3.080.524 €
---------------	-------------	--------------------	--------------------

3. Den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis
11.01.22	Verwaltungsleitung – Dez. Soziales	0 €	2.500 €	2.500 €

wird zugestimmt.

4. Dem Stellenplan 2019 für den Stab des Dezernates 5 -095- wird zugestimmt.

- bei einer Enthaltung und 5 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11.3.1 Antrag zu TOP 11.3 "Haushalts- und Stellenplan 2019 für den Stab des Dezernates 5" (Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 04.09.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7228/2014-2020

Herr Brücher begründet den gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen dahingehend, dass in den letzten Ausschusssitzungen mehrfach über die Verwendung von noch zur Verfügung stehenden restlichen BuT-Mitteln diskutiert worden sei. In einer kürzlich stattgefundenen öffentlichen Veranstaltung, sei deutlich geworden, dass noch finanzielle Mittel für die „Schulkramkiste“ benötigt würden. Die Schulkramkiste unterstütze Kinder von bedürftigen Familien, so dass eine sachgerechte Verwendung der BuT-Mitteln gegeben sei.

Frau Hopster teilt mit, dass an einem Zusatzausgabetermin am 29.8.2018 (erster Schultag nach den Sommerferien) in einem Stadtteil nur Schulmaterialien an 98 von 192 Personen ausgegeben werden konnten. Die Freiwilligenagentur als Organisatorin der Schulkramkiste erhalte viele Sachspenden, mit zusätzlichen finanziellen Mitteln könne der große Bedarf an bestimmten Schulmaterialien dann auch gedeckt werden.

Herr Copertino bittet darum, den Antrag bis zur Oktober-Sitzung zurückzustellen, um eine Rückkopplung mit der Gesamtfraktion zu ermöglichen. Auf eine weitere Nachfrage seinerseits teilt Beigeordneter Herr Nürnber-

ger mit, dass die beantragte Verwendung der restlichen BuT-Mittel sachgerecht sei. Eine Entscheidung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2019 sei nicht erforderlich, da es sich um Finanzmittel aus vergangenen Haushaltsjahren handele. Vor diesem Hintergrund gebe es aus Sicht der Verwaltung keine Bedenken gegen eine Vertagung der Beschlussfassung.

Vorsitzender Herr Hood weist darauf hin, dass bereits in den vergangenen Sitzungen Beschlüsse zur Verwendung von restlichen BuT-Mitteln der REGE mbH getroffen worden seien. Nunmehr bestehe noch ein Restbetrag in Höhe von 95.000 €

Herr Brücher lehnt die Vertagung des Antrags ab.

Herr Copertino bekräftigt den Wunsch, über den Antrag ein einheitliches Votum herbei zu führen.

Auf Nachfrage von Frau Mann teilt Frau Hopster mit, dass der nächste Ausgabetermin Ende Oktober/Anfang November 2018 sei. Es bliebe durchaus noch Zeit zur Materialbeschaffung.

Herr Gugat schlägt zur Verständigung der Fraktionen eine Sitzungsunterbrechung vor.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Herrn Hood sind die Anwesenden mit einer Sitzungsunterbrechung einverstanden.

Sitzungsunterbrechung 19.10 Uhr – 19.15 Uhr

Nach Wiederaufnahme der Sitzung trägt Herr Brücher folgende Änderung bzw. Ergänzung des Beschlussvorschlages vor:

„.....

1. *Sachkostenzuschuss für die „Schulkramkiste“*
 => *in Höhe von 5.000 Euro für 2018 und*
 => *in Höhe von jährlich 10.000 Euro für die Jahre 2019-2021*

Die Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlages werden in die Oktober-Sitzung des SGA vertagt.“

Unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderung bzw. Ergänzung fasst der SGA folgenden

Beschluss

Der SGA beschließt zu Produktgruppe 11.05.06 REGE mbH:

Die REGE mbH wird beauftragt, aus den ihr zur Verfügung stehenden Restmittel BuT in Höhe von 95.000 Euro (vgl. Drs.-Nr.: 6403 vom 21.03.2018) folgende Maßnahmen zu finanzieren:

- 2. Sachkostenzuschuss für die „Schulkramkiste“**
 => in Höhe von 5.000 Euro für 2018 und
 => in Höhe von jährlich 10.000 Euro für die Jahre 2019-2021

Die Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlages werden in die Oktober-Sitzung des SGA vertagt.

- einstimmig beschlossen -

Vorsitzender Herr Hood weist darauf hin, dass aufgrund des gefassten Beschlusses nun noch Rest-BuT-Mittel in Höhe von 60.000 € zur Verfügung stehen.

Zu Punkt 11.4 Haushaltsplan und Stellenplan 2019 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6842/2014-2020

Es gibt keine weiteren Fragen.

*Zunächst erfolgen die Beratungen zu TOP 11.4.1. bis TOP 11.4.3.2.
 Die Protokollierungen erfolgen unter den entsprechenden Tagesordnungspunkten im späteren Teil der Niederschrift*

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2019 mit den Plandaten für die Jahre 2019 bis 2022 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.
2. Den Teilergebnisplänen der nachstehenden Produktgruppen wird zugestimmt:

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.66	SGA, Seniorenrat, Beiräte	540 €	118.112 €	117.572 €
11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	61.825.548 €	122.962.009 €	61.136.461 €
11.05.02	Sicherung des Lebensunterhalts	46.405.411 €	61.662.382 €	15.256.971 €
11.05.03	Besondere soziale Leistungen	19.620.925 €	80.391.267 €	60.770.342 €
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - insgesamt		127.852.424 €	265.133.770 €	137.281.346 €

3. Den Teilfinanzplänen A und B der Produktgruppen 11.05.01 und

11.05.03 wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.05.01

investive Einzahlungen = 124.100 €, investive Auszahlungen
= 209.100 €

Produktgruppe 11.05.03

investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 5.000 €

4. Dem Stellenplan 2019 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – wird zugestimmt.
5. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

- bei 5 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11.4.1 Evaluation der KdU-Regelungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7032/2014-2020

Frau Dammann informiert über die ersten Ergebnisse der Evaluation und hebt hervor, dass durch die Regelungsänderungen Verbesserungen erzielt worden seien. Sie hätten allerdings nicht ausgereicht, um die Situation aller Bedarfsgemeinschaften zu erreichen. Dies mache eine Nachsteuerung erforderlich.

Auf Nachfrage von Frau Bußmann teilen Frau Dammann und Beigeordneter Herr Nürnberger mit, dass bei derzeitigen gerechtfertigten Mieterhöhungen auf eine Umzugsaufforderung innerhalb der nächsten sechs Monate verzichtet werde. Die Verwaltung gehe davon aus, dass bis dahin ein schlüssiges Konzept vorgelegt werde.

Herr Gugat kritisiert, dass sich mit der Bereitstellung von 600.000 € nur die Situation von 360 Bedarfsgemeinschaften verbessert habe. Frau Dammann macht deutlich, dass nicht alle beschlossenen Ausnahmeregelungen evaluiert werden konnten, weil sie zu kleinteilig seien um technisch ausgewertet werden zu können. Aufgrund der eingeschränkten Auswertbarkeit und des ausgewerteten Zeitraums (Zahlen des Jobcenters nur aus dem 1. Quartal) gehe sie davon aus, dass zwischenzeitlich mehr Bedarfsgemeinschaften betroffen seien.

Frau Bußmann behält sich vor, für die Handhabung von Altfällen in einer der nächsten Sitzung einen Antrag zu stellen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11.4.2 Personelle Aufstockung der WTG-Behörde (früher Heimaufsicht)

Frau Schulz informiert über die Personalsituation der WTG-Behörde (**Anlage 9**).

Fragen von Herrn Schneck werden von Frau Schulz beantwortet.

Zu Punkt 11.4.2.1 Beschluss des Seniorenrates vom 16.05.2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6644/2014-2020

Aufgrund der von der Verwaltung bereits vorgesehenen Stellenaufstockung zieht Frau Huber den Antrag des Seniorenrates zurück.

-.-.-

Zu Punkt 11.4.2.2 Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 30.05.2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6173/2014-2020

Herr Schneck zieht den Antrag des Beirates für Behindertenfragen ebenfalls zurück.

-.-.-

Zu Punkt 11.4.3 Anträge freier Träger

Zu Punkt 11.4.3.1 Wildwasser Bielefeld e. V.

Vorsitzender Herr Hood ruft den Antrag des Vereins Wildwasser Bielefeld e.V. auf. Er weist darauf hin, dass der Antrag nur wirksam beschlossen werden könne, soweit eine Fraktion ihn übernehme.

Frau Weißenfeld bewertet den vorliegenden Antrag als inhaltlich wichtig, schlägt aber vor, ihn bis zur Beratung über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zurückzustellen.

Herr Copertino schließt sich Frau Weißenfeld an und bittet zum gegebenen Zeitpunkt um eine Vorstellung des geplanten Angebotes durch einen Trägervorteiler.

Frau Mann schließt sich den Ausführungen ihrer Vorredner an und bedankt sie bei Wildwasser Bielefeld e. V. dafür, dass die Notwendigkeit des Angebotes mit dem Antrag deutlich gemacht worden sei.

Vorsitzender Herr Hood stellt abschließend fest, dass keine Fraktion

dem Antrag beigetreten sei und vertagt den Antrag, wie von den Fraktionsvertretern vorgeschlagen, in eine der nächsten Sitzungen.

-.--

Zu Punkt 11.4.3.2 Psychologische Frauenberatung e. V.

Vorsitzender Herr Hood ruft den Antrag der psychologischen Frauenberatung e. V. auf. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen von Herrn Copertino zu Beginn der Sitzung (s. TOP 5.1).

Herr Copertino wiederholt nochmals die Übernahme des Antrages der Psychologischen Frauenberatung e. V. durch seine Fraktion und bittet um Abstimmung über den Antrag im SGA.

Frau Weißenfeld befürwortet ebenfalls die Fortführung der Psychologischen Frauenberatung. Es müsse sichergestellt werden, dass bis zu den Verhandlungen der neuen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen das Angebot in 2019 nicht verloren gehe.

Sie stellt daraufhin folgenden Änderungsantrag:

„Vor Beschluss ist zu klären, wie und in welchem Umfang der Psychologischen Frauenberatung geholfen werden müsse, um die Arbeit fortführen zu können. Bis zur nächsten Sitzung sind Lösungen zur Finanzierung zu ermitteln und darzulegen.“

Herr Gugat bittet die Koalitionsfraktionen sich klar dahingehend zu positionieren, dass die Fortführung des Angebotes unterstützt werde.

Fragen von Frau Bußmann, Herrn Copertino und Beigeordnetem Herrn Nürnberger werden beantwortet.

Nach eingehender Diskussion und unter Berücksichtigung des vorliegenden Änderungsantrages fasst Vorsitzender Herr Hood die Positionen und die Forderungen des Ausschusses zusammen. Der Ausschuss fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss will die Arbeit der Psychologischen Frauenberatungsstelle e. V. weiterhin unterstützen.

Bis zum Beschluss über den Haushaltsantrag in der nächsten Sitzung, werden Verwaltung und Träger aufgefordert, einen Vorschlag zu erarbeiten, der die Fortführung der wichtigen Arbeit im Rahmen des Haushaltes 2019 ermögliche. Dabei ist in besonderer Weise darzulegen, warum die im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung bereitgestellten Finanzmittel nicht ausreichend sind.

Je nach Beschlusslage in der Oktober-Sitzung des SGA wird die Entscheidung, im Rahmen der Abschlussberatungen über den Haushalt 2019, in den Finanz- und Personalausschuss einge-

bracht.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11.5 Haushaltsplan und Stellenplan 2019 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6790/2014-2020

Herr Copertino hat folgende Zusatzfrage zu Produktgruppe 11.01.31.02:

- Wann wurden die Fördermittel in Höhe von 1 Mio. € beschlossen und wie wurde der Betrag verwendet?

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass ein Handlungskonzept zur Integration und bedarfsgerechten Versorgung von Flüchtlingen in Höhe von 1 Mio. € für die Jahre 2016, 2017, 2018 und 2019 beschlossen worden sei.

Dieser Betrag werde wie folgt verwendet:

- 400.000 € zur Stärkung der Regellangebote in der Kinder- und Jugendarbeit
- 400.000 € zur Förderung der Stadtteilkoordination und des bürgerschaftlichen Engagements
- 200.000 € zur Vergabe von Projektmitteln

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2019 mit den Plandaten für die Jahre 2020 bis 2022 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.
2. Dem **Teilergebnisplan** der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	1.563.166 €	3.965.047 €	2.401.880 €
Summen		1.563.166 €	3.965.047 €	2.401.880 €

3. Den **Teilfinanzplänen A und B** der Produktgruppe 11.01.31 wird zu-

gestimmt.

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	0 €	2.600 €	2.600 €

4. Dem **Stellenplan 2019** für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention -540- wird zugestimmt.

- bei 5 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen -

Zu Punkt 12 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Hood
Vorsitzender

Krumme
Schriftführerin